

Leiterin *María Julia Hernández* mutmaßliche Verschleierrungsversuche der Regierung bei der Aufklärung des „Massakers von El Mozote“ an – dem schrecklichsten bislang aufgedeckten Bürgerkriegsverbrechen, bei dem 1981 mehrere hundert Campesinos, darunter Frauen und Kinder, umgebracht wurden. Trotz oder gerade wegen der gesetzlichen Amnestie ist diese Aufarbeitung für die zerrissene salvadorianische Gesellschaft wichtig.

Die Wunden zu heilen ohne zu vergessen, ist auch die Maxime von Erzbischof Rivera Damas und Weihbischof Rosa Chavez. In Predigten und Interviews nehmen beide zu allen politischen Entwicklungen Stellung. Häufig sind sie es, die der tagespolitischen Diskussion die Stichworte geben. Mehr als einmal beruhigten sie die erhitzten Gemüter der einstigen Kriegsgegner, wenn der langwierige Abrüstungsprozeß auf Gegenseitigkeit ins Stocken kam. Besondere Geschicklichkeit

im Balancieren auf dem politischen Terrain bewies der Erzbischof in seinem Verhalten gegenüber der FMLN, die nicht müde wird, das Erbe seines ermordeten Vorgängers Romero allein für sich zu reklamieren. Er duldete, daß Anhänger der Guerilla bei den nationalen Feiern nach Abschluß des Friedensvertrages die Kathedrale für ihre Propaganda-Zwecke nutzten. Und auch beim Festakt für die Konstituierung der FMLN als legale Partei war er als Vertreter der Kirche anwesend. Priestern und Ordensleuten, die während des Bürgerkrieges offen für die Sache der Revolutionäre eingetreten waren, empfahl er jedoch, sich für einige Zeit aus der Gemeindearbeit zurückzuziehen und in der Stille neue Kraft zu schöpfen für ihre eigentlichen Aufgaben: Die Polarisierung der Kirche müsse aufhören, sonst könne sie nicht glaubwürdig in der Gesellschaft für Frieden und Versöhnung eintreten.

Ludwig Ring-Eifel

Am Beginn einer neuen Ära?

Politische und kirchliche Veränderungen in Korea

Unter dem neuen Präsidenten Kim Young Sam hat sich das politische Klima in Südkorea zum Vorteil verändert. Gleichzeitig macht sich auch in der lange boomenden Wirtschaft des Landes die weltweite Rezession bemerkbar. Das schnelle Wachstum der katholischen Kirche setzt sich offenbar in verlangsamtem Tempo fort; die Versuche, sich intensiver mit der koreanischen Tradition auseinanderzusetzen, stehen in der Kirche erst am Anfang. Unser Asien-Mitarbeiter Georg Evers hat kürzlich Korea besucht: hier sein Bericht.

In Korea herrscht auch ein knappes halbes Jahr nach den Wahlen immer noch eine gewisse Aufbruchstimmung. Dem neuen Präsidenten *Kim Young Sam* ist es öffentlich gelungen, mit seinen energischen Maßnahmen gegen die jahrelange Korruption in der Regierung, der Armee und der Wirtschaft Zustimmung auch in den Kreisen der Bevölkerung zu finden, die ursprünglich nicht für ihn gestimmt haben. Umfragen unter Jugendlichen im April ergaben, daß der Präsident gegenwärtig so populär ist, daß er sogar Stars der Popszene weit hinter sich läßt und die Liste der „Hundert Stars in Korea“ anführt. Auch in der Cholla-Provinz mit der Hauptstadt Kwangju, die wie jedes Jahr auch dieses Mal im Mai des Massakers von 1980 gedachte, hat *Kim Young Sam* so etwas wie eine knurrige Zustimmung gefunden, die darin übereinkommt, daß er seine Sache bisher unerwartet gut erledigt habe. Man hat sich offensichtlich damit abgefunden, daß *Kim Dae Jung*, der erklärte Favorit für mehr als 90 Prozent der Wähler dieser Region, landesweit wohl nie eine Mehrheit erringen können. *Kim Dae Jung* hat fürs erste Korea verlassen und einen Lehrauftrag in Oxford angenommen.

Die Anti-Korruptionskampagne der neuen Regierung hat das Auftreten der höheren Politiker in der Öffentlichkeit stark

verändert. Einladungen zu Arbeitsessen in den besseren Restaurants sind jetzt verpönt. Statt dessen sieht man die leitenden Beamten sich brav in die Reihen der einfachen Chargen einreihen, die bei den öffentlichen Kantinen zur Mittagszeit Schlange stehen. Leidtragende der neuen „reinen Politik“ sind die Luxusrestaurants, die in der Vergangenheit von Politikern frequentiert wurden und jetzt über dramatische Einkommensverluste klagen. Verabredungen zum Golfspiel, um Geschäft und Vergnügen zu kombinieren, sind ebenfalls in Verruf geraten und gelten als unvereinbar mit der erneuerten Moral des öffentlichen Lebens. *Kim Young Sam* hat es jedenfalls verstanden, sich als Politiker einer Reformpolitik zu präsentieren und den Makel vergessen zu lassen, der ihm nach seinem Wandel vom Oppositionspolitiker zum Gefährten der Macht unter dem voraufgegangenen Präsidenten *Roh Tae Woh* zunächst anhaftete. Jetzt rechnet man es ihm weniger als Opportunismus an, daß er diesen Schritt getan hat, sondern sieht darin eher eine angemessene Vorbereitungszeit auf das neue Amt. Im Rückblick erscheint auch die Regierungszeit von *Roh Tae Woh* zwar nicht unbedingt demokratisch, aber durch die Art, wie der Übergang von einer eher autokratischen Regierung zur Demokratie vollzogen wurde, doch als

eine Periode, in der der Wandel zu einem offeneren System ermöglicht wurde. Es wird eingeräumt, daß wohl nur ein ehemaliger Angehöriger des Militärs wie Roh Tae Woh in der Lage gewesen sei, den Übergang von einer autokratischen Führung zu einer zivilen Regierung zu bewerkstelligen, ohne ein Eingreifen des Militärs zu provozieren.

Der politische Klimawechsel ist überall zu spüren

Der Klimawechsel, den die zivile Regierung des ehemaligen Oppositionspolitikers Kim Young Sam herbeigeführt hat, ist im ganzen Land zu spüren. Der Präsident hat die Abschottung des Regierungssitzes, des „Blauen Hauses“, die seit 25 Jahren bestand, aufgehoben und der Bevölkerung den Zugang zum Präsidentenpalast wieder geöffnet. Besondere Beachtung fanden die Maßnahmen, mit denen der Einfluß des „Büros für nationale Sicherheit“ – die koreanische CIA-Variante – eingeschränkt wurden, indem dem Direktor dieser Institution die Teilnahme an Kabinettsitzungen verwehrt wird, die früher mit seinem Amt verbunden war. Minister und Abgeordnete wurden aufgefordert, ihre Bezüge und finanziellen Verhältnisse offenzulegen. Dieser Aufforderung kamen die meisten Parlamentarier nach, während andere es vorzogen, sich durch Rücktritt und Mandatsverzicht dieser moralischen Verpflichtung zu entziehen.

Eine Reihe von Politikern geriet wegen ihrer erstaunlich großen Vermögen und ihres riesigen Landbesitzes in den Geruch der *Korruption*. Die *Presse* fühlt sich von manchen Fesseln der Zensur befreit und begleitet die Anstrengungen des Präsidenten, die Reste des Militärregimes zu beseitigen, Korruption in den Machtapparaten der Wirtschaft, Politik und vor allem bei den Militärs aufzudecken, mit großem Beifall und Anreicherung durch manche Details. Die koreanischen *Studenten*, sonst immer für Demonstrationen und Proteste gut, sind in diesem Frühjahr überraschend friedlich.

Auf Schwierigkeiten mit den Studenten stieß Präsident Kim Young Sam allerdings, als er kurz nach seinem Machtantritt einen ersten Besuch in Kwangju, der Heimatprovinz seines Rivalen Kim Dae Jung, machte und dabei auch die Gedenkstätte für die Opfer des Kwangju-Massakers von 1980 besuchen wollte. Angesichts des zu erwartenden Widerstands der Studenten mußte er diesen Plan aufgeben. Verschiedenen Studenten-Aktivistinnen, die vom vorausgegangenen Regime von den Universitäten verwiesen wurden, wurde die Rückkehr an die Hochschulen ermöglicht. Im Zuge der Amnestie aus Anlaß des Regierungsantritts wurden auch der presbyterianische Pfarrer *Moon Ih Hwan*, der katholische Priester *Paul Moon Kyu Hyon* und die katholische Studentin *Susanna Im Soo Kiong* aus dem Gefängnis entlassen, wo sie einige Jahre wegen illegaler Kontakte mit Nordkorea inhaftiert waren. Ähnliche Rehabilitationen stehen auch für Lehrer und Professoren an, die sich in einer Erziehungsgewerkschaft zusammengeschlossen hatten, und wegen ihrer Zugehörigkeit zur

Gewerkschaft von der Regierung aus dem Lehramt entfernt und in einigen Fällen inhaftiert worden waren.

Ernsthafte Schwierigkeiten können der Regierung von Präsident Kim Young Sam allerdings auf wirtschaftlichem Gebiet erwachsen. Das ständige Wachstum der koreanischen Wirtschaft, die das Land in erstaunlich kurzer Zeit vom Entwicklungsland zum Schwellenland bis zum ernsthaften Kandidaten für die Aufnahme in den elitären Klub der OECD-Staaten hat aufsteigen lassen, war eine Art „Sicherheitsventil“, das politische Spannungen im Lande beherrschbar machte. Südkorea war lange Jahre an ständig steigende Wachstumsraten gewöhnt, die 1988 noch bei 12,2 Prozent lagen. Die weltweite Wirtschaftskrise hat jetzt auch Korea erreicht und dazu geführt, daß die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts im vergangenen Jahr nur noch vier Prozent betrug und mit 2,5 Prozent für das letzte Quartal 1992 die geringste in den letzten zwölf Jahren war. Für Korea bedeutet dies ein Alarmzeichen und wird ganz allgemein als Beginn einer Rezessionsphase gewertet. Andererseits haben sich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland und der VR China für Korea neue Märkte eröffnet.

Außenpolitische Erfolge der „Nordpolitik“

Die am 24. August 1992 vollzogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China ist für Südkorea ein großer diplomatischer Erfolg. Schon jetzt beläuft sich das Volumen des Handels zwischen den beiden Staaten auf ca. 10 Milliarden US Dollar. Südkorea ist zum siebtgrößten Handelspartner Chinas herangewachsen. Dabei sieht Südkorea seine Chancen auch darin, daß seine Industrieprodukte und -anlagen der mittleren Technologie dem chinesischen Entwicklungsgrad am ehesten entsprechen und China daher für Korea ein natürlicher Markt ist. Langfristig sieht Korea in China mit seinen geringeren Arbeitslöhnen ein Feld für wirtschaftliche Investitionen und die Anlage von eigenen Produktionsstätten. Politisch bedeutet die Annäherung an die VR China natürlich einen besonderen Erfolg gegenüber Nordkorea, das bisher in der VR China den wichtigsten politischen Verbündeten hatte.

Der neuen Freundschaft mit China vorausgegangen war im September 1990 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Rußland (GUS) und Südkorea. Die danach erfolgte Aufnahme der beiden Koreas in die Vereinten Nationen 1991 wurde nur von Südkorea als politischer Erfolg gewertet, während Nordkorea diesen Schritt eher unwillig vollzogen hat. Immerhin bietet er jetzt Nordkorea die Möglichkeit, vor dem Weltgremium gegen den Druck aus den USA in der Auseinandersetzung um die Inspektion durch die internationale Atombehörde zu protestieren. Die erfolgreiche sog. „Nordpolitik“ der südkoreanischen Regierung, die darauf abzielte, mit den bisherigen engsten Bündnisgenossen Nordkoreas, China und Rußland, engere Beziehungen aufzunehmen, um Nordkorea so zu isolieren, hat den Druck auf Nordkorea erheblich

vermehrt, sich entweder in Richtung einer Verständigung mit Südkorea zu bewegen, oder aber sich noch mehr einzuigeln. Die letztere Alternative scheint zunächst die bestimmende zu sein und ist wohl als Ursache für die Verschärfung der Spannungen im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag zu sehen.

Die Diskussion um die Frage einer *möglichen Wiedervereinigung Koreas* hat im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung in Südkorea neue Nahrung bekommen. Anfangs stand so etwas wie der Neid im Vordergrund, daß die Deutschen etwas geschafft haben, was den Koreanern in all den Jahren verwehrt wurde. Es gab eine Reihe von Initiativen, den Ablauf der deutschen Wiedervereinigung zu begleiten und von den dabei gemachten Erfahrungen im Hinblick auf eine mögliche eigene Wiedervereinigung zu profitieren. Die anfangs sehr starke Erwartung, daß auch auf der koreanischen Halbinsel die politische Entwicklung in Richtung eines Endes der Spaltung verlaufen würde, haben sich bald wieder zerschlagen. Angesichts der erstaunlich großen Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaftsmacht, mit den Herausforderungen der Wiedervereinigung fertig zu werden, stellte sich für manche koreanische Beobachter eine starke Ernüchterung ein: Wie würde die Wirtschaft Südkoreas mit den Herausforderungen einer plötzlichen Wiedervereinigung zu Rande kommen? Wäre sie nicht in einem noch stärkeren Maß als die westdeutsche mit dieser Aufgabe überfordert? Während Westdeutschland mit 60 Millionen Einwohnern große Schwierigkeiten hat, die 16 Millionen Ostdeutschen einzugliedern, müßte Südkorea mit 43 Millionen mit der Aufgabe fertig werden, 22 Millionen Nordkoreaner zu integrieren.

Mit 122 000 Quadratkilometern ist Nordkorea um einiges größer als Südkorea, das 99 000 Quadratkilometer Landfläche aufweist. Die Unterschiede zwischen den beiden Koreas sind nicht nur im Hinblick auf das politisch-ideologische System, sondern vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht gravierend: Das Bruttosozialprodukt Südkoreas ist etwas mehr als fünfmal so groß wie das Nordkoreas, das jährliche pro Kopf-Einkommen liegt in Südkorea bei gegenwärtig 5 400\$, während es in Nordkorea gerade 987\$ je Einwohner beträgt. Die seit fast 40 Jahren bestehende Unterbrechung von Personenverkehr, Postaustausch, Telefonverbindungen und anderer direkter Kontaktmöglichkeiten zwischen dem Norden und Süden Koreas ist immer noch nicht überwunden. Es gab in den letzten Jahren zwar einige offizielle und offiziöse Kontakte, die aber immer nur sporadisch waren und gleichzeitig mit großem Mißtrauen von beiden Regierungen verfolgt wurden.

Im Dezember 1992 kam es in Seoul zu einer Zusammenkunft verschiedener religiöser Gemeinschaften, die die Möglichkeiten besprachen, intensivere Kontakte mit ihren Glaubensgenossen in Nordkorea aufzunehmen. Die Begegnung kam auf Vermittlung der „Temple of Understanding“, einer interreligiösen Gemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen, zustande. Die gleiche Organisation möchte im August 1993 ein gemeinsames Gebetstreffen von Repräsentanten religiöser

Organisationen Nord- und Südkoreas auf dem Berg Paektu an der Grenze zur Mandschurei in Nordkorea veranstalten.

Auf der anderen Seite brachte die Debatte um die Entwicklung einer Atombombe durch Nordkorea wieder die *militärische Bedrohung* durch das Regime im Norden in Erinnerung. Politische Beobachter sind allerdings eher geneigt, davon auszugehen, daß die Verschärfung der Debatte und der Austritt Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag in erster Linie dazu dienen, die eigene Bevölkerung von der miserablen innenpolitischen Situation in Nordkorea abzulenken und die wirtschaftlich katastrophale Lage vergessen zu machen. Das außenpolitisch immer mehr in die Isolierung geratene Regime in Pjöngjang sieht sich kaum noch in der Lage, die Bevölkerung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln und mit Energie zu versorgen. China und Rußland sind nur noch gegen harte Devisen bereit, ihrem einstigen engen Verbündeten Öl zu liefern.

Die Meinungen der Experten gehen darüber auseinander, ob es Nordkorea schon gelungen ist, eine eigene Atombombe herzustellen. Einig ist man jedenfalls in der Einschätzung, daß offensichtlich genug atomwaffenfähiges Plutonium im Besitz Nordkoreas ist, um die Herstellung einer Atombombe in absehbarer Zeit als möglich erscheinen zu lassen. Das erst im Dezember 1991 zwischen den beiden Koreas getroffene Abkommen, die koreanische Halbinsel zur atomwaffenfreien Zone zu machen, wird offensichtlich nicht länger als wirksamer Schutz und bindende Abmachung angesehen. Die Weigerung, eine Kommission der Atombehörde kurzfristig ins Land zu lassen, läßt den Verdacht eigentlich zur Gewißheit werden, daß Nordkorea intensiv an der Herstellung einer Atombombe arbeitet. Unruhe brachte die Verordnung der nordkoreanischen Regierung, zum 15. Juni 1993 alle Ausländer des Landes zu verweisen. Auch wenn dies von der Regierung nicht ausdrücklich genannt wird, sehen ausländische Beobachter diese Maßnahme in einer direkten Beziehung zur Austrittserklärung Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag, die am 12. Juni wirksam werden sollte. Genau an diesem Datum erklärte die Regierung Nordkoreas, daß der Austritt „vorläufig“ ausgesetzt sei. Da aber zugleich auch weiterhin jede Inspektion nordkoreanischer Atomreaktoren ausgeschlossen wird, ist es fraglich, inwieweit damit die Krise wirklich entschärft ist.

Ende des Wachstums der katholischen Kirche?

Die Periode des stürmischen Wachstums der katholischen Kirche in Südkorea scheint sich zu verlangsamen. Immerhin wurde im vergangenen Jahr die Zahl von drei Millionen Katholiken überschritten. Im Zeitraum von knapp zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Katholiken damit verdreifacht. Im gleichen Zeitraum erlebten auch die protestantischen Christen ein großes Wachstum. Ihre Zahl wird gegenwärtig mit etwa acht Millionen Gläubigen angegeben, so daß der Anteil der Chri-

sten an der koreanischen Bevölkerung bei 25 Prozent liegt. Korea ist damit nach den Philippinen das asiatische Land mit dem höchsten Anteil von Christen an der Bevölkerung.

Alle christlichen Kirchen haben mit dem Problem zu kämpfen, daß die vielen neuen Christen nach der Taufe dringend einer Vertiefung ihres Glaubenswissens und -lebens bedürfen, um ihren Glauben in der koreanischen Gesellschaft überzeugend leben zu können. Trotz der hohen Zahl an Priester- und Ordensberufen fehlt es der katholischen Kirche in Korea an qualifiziertem Personal, um dieser drängenden Aufgabe gerecht zu werden. Auch der *Ausbau der kirchlichen Infrastruktur*, der Aufbau von Kirchen und Pfarrgemeinden, überfordert die Mittel der Kirche vor allem in den Großstädten, wo die Grundstückspreise astronomische Höhen erreicht haben und Grundstücke für Kirchenbauten fast nicht zu bezahlen sind. Manchen Großstadtgemeinden fehlt es am notwendigen Raum und Personal, die Katechumenen so zu betreuen und ihnen das Gefühl des Aufgenommenseins zu vermitteln, so daß manche Taufbewerber der katholischen Kirche enttäuscht den Rücken kehren.

Es ist sicher bemerkenswert, daß der neue Präsident *Kim Young Sam*, der selber praktizierender protestantischer Christ ist, bei einem Empfang des Erzbischofs von Canterbury im April dieses Jahres öffentlich die Kirchen aufforderte, sich nicht in erster Linie auf das quantitative Wachstum zu konzentrieren, sondern die Qualität ihres Glaubenslebens und -zeugnisses in der Gesellschaft zu verbessern. Den christlichen Kirchen komme im Kampf gegen die Korruption und für die Wiedererlangung moralischer Werte in Politik und Gesellschaft eine große Rolle zu. Die katholische Kirche hat die Aufforderung des Präsidenten aufgegriffen: In einem Hirtenbrief zum Osterfest forderte Kardinal *Stephan Kim Sou Hwan* von Seoul die Gläubigen auf, das Anti-Korruptionsprogramm der Regierung des neuen Präsidenten zu unterstützen. Die Christen sollten die ersten sein, die sich gegen die verbrecherischen Praktiken der Vergangenheit stellen und ihrerseits alles unternehmen, die Wunden in der koreanischen Gesellschaft zu heilen, die durch Diskriminierungen aufgrund der Klassen- oder Religionszugehörigkeit geschlagen worden seien.

In Korea waren immer relativ wenige ausländische Missionare tätig. Von Anfang an lag die Zahl der Seminaristen, die sich für das Priesteramt in den Diözesen meldeten, erstaunlich hoch. Der *Boom an Berufungen für das Priesteramt* ist gegenwärtig immer noch ungebrochen. Die Bischöfe haben seit einigen Jahren die auch von Rom geförderte Politik verfolgt, die großen Regionalseminare in Seoul und Kwangju durch eine Reihe von kleineren Seminaren zu ergänzen. So ist die Zahl der Priesterseminare bis heute auf sechs angewachsen, zwei weitere sollen noch in den nächsten Jahren gebaut werden.

Der ständige Ausbau der Seminare hat aber nicht nur positive Seiten: Auf der einen Seite birgt er Gefahren für die Zukunft, weil nicht anzunehmen ist, daß der Zustrom zum Priesteramt in der gleichen Weise weitergehen wird. Die jetzt bestehen-

den Seminare leiden alle unter dem Mangel an qualifizierten Professoren und Bibliotheksmöglichkeiten. Die katholische Kirche Koreas hat das Schwergewicht auf die Priesterausbildung gelegt. So fehlen bislang theologische Ausbildungsmöglichkeiten, die *Laien* einen Zugang zu akademischen Formen eines Theologiestudiums ermöglichen würden. Angesichts der großen Zahl akademisch ausgebildeter Katholiken liegt hier ein großes Potential der koreanischen katholischen Kirche brach. Trotz verschiedener Pläne und Versuche in der Vergangenheit ist es bisher immer noch nicht gelungen, einen akademisch qualifizierten Studiengang für ein theologisches Doktorat in Korea einzurichten. An der Sogang-Universität besteht ein Institut für vergleichende Religionswissenschaft und Theologie, das Studienmöglichkeiten im Fach vergleichender Religionswissenschaft anbietet mit dem Abschluß als Magister und auch Doktorat.

Ansätze einer inkulturierten koreanischen Theologie?

Was die Entwicklung einer eigenständigen koreanischen Theologie angeht, so geschieht im Rahmen der bestehenden Priesterseminare wenig an Forschung und kreativer Entwicklung. In Erfüllung der römischen Vorgaben der Studienordnung für das Priesteramt wird im wesentlichen ein klassischer Vorlesungsbetrieb in den herkömmlichen theologischen Disziplinen geboten, der nur wenig, wenn überhaupt, auf die örtlichen kulturellen und religiösen Gegebenheiten der koreanischen Gesellschaft eingeht. In der stürmischen Wachstumsphase der koreanischen Kirche haben ihr bisher wohl Muße und Abstand gefehlt, sich den Fragen einer Inkulturation der christlichen Botschaft intensiver zu widmen.

Immerhin gibt es einige Initiativen, die diesem offensichtlichen Mangel der koreanischen Kirche abhelfen wollen: Neben dem schon genannten Institut an der Sogang-Universität der Jesuiten in Seoul haben die Kolumbaner in Seoul seit einigen Jahren ein Zentrum für Inkulturation eingerichtet, das eine kleine Zeitschrift in englischer Sprache herausgibt. Seit 1987 hat sich im Rahmen eines Pastoralinstituts in Seoul eine Forschungsgruppe von katholischen Theologen zu Fragen der Inkulturation zu verschiedenen Seminaren getroffen. Dabei ging es um Aufarbeitung der Missionsgeschichte, um Fragen einer inkulturierten Spiritualität, Katechese und Liturgie. Auch Fragen des Gottesbegriffes in den verschiedenen koreanischen religiösen Traditionen wurden behandelt. Aus der Tätigkeit dieser Gruppe entstand eine Arbeitsgruppe, die für das Neujahr- und Herbstfest neue liturgische Formen in konfuzianischer Tradition entwickelte, die in Seminaren, Ordenshäusern und einigen ausgewählten Pfarreien gefeiert wurden. Die gleiche Gruppe hat praktische Vorschläge für inkulturierte Trauergottesdienste gemacht und verschiedene Rituale für die Zeit vom Eintreten des Todes bis zur Beerdigung unter Berücksichtigung traditioneller Riten und Gebräuche entwickelt.

Seit einem Jahr gibt es die Initiative einer kleinen Gruppe von Priestern und Laien um den Theologen *Shim Sangtai*, ein Institut für koreanische christliche Geisteswelt (Institute for Korean Christian Thought) zu gründen, um die Voraussetzungen für eine inkulturierte Theologie in Korea zu schaffen. Vorgesehen ist, ein kleines Forschungsinstitut auf dem Gelände des Priesterseminars in Suwon zu errichten.

Die katholische Kirche in Korea ist stolz auf ihre Märtyrer. Sie hat im ganzen Land deren Gräber mit Gedenksteinen geschmückt und viel unternommen, das Andenken dieser Männer und Frauen lebendig zu halten. Nicht ohne Grund sehen die koreanischen Christen im großartigen Wachstum ihrer Kirche eine Bestätigung des Satzes aus der Urkirche, daß das „Blut der Märtyrer der Samen sei, aus denen Christen hervorgehen“. Bei der Aufarbeitung ihrer Missionsgeschichte stellen sich bei der theologischen Bewertung der damaligen Entscheidungen in Sachen der „Riten“ und des sich daraus ergebenden „Ritenstreites“ Fragen, inwieweit jene negativen Entscheidungen wirklich theologisch geboten und unausweichlich waren. Gab es tatsächlich keine andere Möglichkeit, als die Verehrung des Konfuzius und die Ahnenverehrung als Idolatrie und Abfall vom christlichen Glauben zu bezeichnen? War es unausweichlich, daß das Christentum durch seine negative Einstellung zur Konfuzius- und Ahnenverehrung in den Augen der damaligen politischen Herrscher Koreas als staatsgefährdende Religion erscheinen mußte, weil es wesentliche Grundlagen der damaligen Gesellschaftsordnung in Frage stellte?

Daß hier nicht nur anachronistisch gefragt wird, macht eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des Ritenstreites in China, Japan und eben auch in Korea deutlich. Denn schon damals wurden gute Argumente von der letztlich unterlegenen Partei der Befürworter einer christlichen Beteiligung an diesen Riten vorgebracht, die dann in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts letztlich dazu geführt haben, daß die Kirche eine Revision ihrer damaligen Verurteilung vornahm. Einen Fehler in der Beurteilung wollte Rom allerdings auch dann noch nicht einräumen, sondern man sprach davon, daß die Riten im Laufe der Geschichte einen substantiellen Wandel durchgemacht hätten, der heute eine Neubewertung geboten erscheinen lasse. Erst Aussagen der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) von 1970 sprechen deutlich von „Unterlassungen“ und „Fehlern“, die bei der Inkulturation des Lebens und der Botschaft des Evangeliums in Asien begangen worden seien.

Bei der Neubewertung der Missionsgeschichte in Korea geht es sicher nicht darum, die Verdienste der Märtyrer zu schmälern, die subjektiv in dieser Frage eine Entscheidung zwischen Glauben und Abfall vom Glauben sahen, sondern um einen Neuzugang zu kulturellem und religiösem Erbgut in dem Bemühen, den christlichen Glauben in Korea zu inkulturieren.

Wie sehr sich das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem koreanischen Staat verändert hat, macht die Be-

teiligung der Kirche an einer *großen internationalen Ausstellung* deutlich, die von August bis November dieses Jahres in Taejon stattfinden soll. Die katholische Kirche Koreas wird sich an dem geplanten Pavillion des Vatikan beteiligen und hat dafür zu Ostern eine allgemeine Kollekte gehalten. Der besondere Schwerpunkt der koreanischen Katholiken soll darin bestehen, den Beitrag der ersten christlichen koreanischen Gelehrten durch ihre Kontakte mit jesuitischen Gelehrten in Peking bei der Einführung westlicher Erkenntnisse in Naturwissenschaft und Astronomie nach Korea herauszustellen. Diese Thematik liegt auf der Linie der Ausstellung, die sich unter dem Motto: „Die Herausforderung eines neuen Weges zur Entwicklung“ mit Fragen der Wissenschaft, der Technologie und der Kultur befassen soll. Wie die Bischöfe in ihrem Hirtenwort herausstellen, sieht die koreanische Kirche in dieser Ausstellung eine Möglichkeit, den Vorurteilen entgegenzuwirken, wonach die Kirche die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie behindere. Zugleich wollen sie positiv zeigen, wie die Evangelisierung die positiven Elemente der koreanischen Kultur zum Blühen bringt.

Die 1975 gegründete „Gesellschaft der koreanischen ausländischen Mission“ (Korean Foreign Mission Society) ist als nationale überdiözesane Priestergemeinschaft konzipiert. Sie unterhält ein Ausbildungshaus in Suwon, wo ihre Seminaristen am dortigen Priesterseminar ihre theologische Ausbildung erhalten. Gegenwärtig sind die ersten koreanischen Missionare in Papua Neuguinea und in Taiwan tätig. Eine Gruppe des katholischen Sozialdienstes von Seoul bereitet sich gegenwärtig darauf vor, in Vietnam ein groß angelegtes Projekt – Projektkosten ca. drei Millionen US-\$ – zu beginnen, das Ausbildungshilfen für vietnamesisch-koreanische Kinder vorsieht. Als Folge der koreanischen Beteiligung am Vietnamkrieg soll es zwischen sieben- bis fünfzehntausend Kinder geben, deren Vater Koreaner und deren Mutter Vietnamesin ist. Nachdem die diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und Vietnam wiederhergestellt sind, möchte die katholische Kirche mit diesem Projekt für die Heilung der Wunden des Vietnamkrieges sorgen. Die Leiter des Projekts, die katholischen Priester *Thomas Oh Tae Sun* und *Lee Mun Ju*, waren selber während des Krieges in Vietnam im Einsatz.

Die protestantischen Kirchen und die Krise der Minjung – Theologie

Die protestantischen Kirchen stellen gegenwärtig mit acht Millionen Mitgliedern fast drei Viertel der Christen in Korea. Die stärkste Gruppierung sind die Presbyterianer, daneben gibt es eine Vielzahl evangelikaler Gruppierungen, die für eine bunte Vielfalt verschiedener Kirchen in Korea sorgen. Katholischen Christen bietet die protestantische Vielfalt eine schnelle Entschuldigung dafür, sich nicht sehr intensiv für einen ökumenischen Dialog und die Zusammenarbeit mit den protestantischen Christen einzusetzen. Das binnenchristliche

Klima ist noch stark von einem *Geist der Konkurrenz* um möglichst viele Bekehrungen zur jeweils eigenen kirchlichen Gemeinschaft bestimmt. Kooperationen bestehen auf dem Gebiet der Bibelarbeit in der Form einer gemeinsamen ökumenischen Bibelübersetzung und Zusammenarbeit im Bibelapostolat über Rundfunk und anderen Medien. Auch auf dem Sektor von Universitäten und Instituten gibt es Begegnungen und gemeinsame Projekte.

Wenn im Ausland von einem eigenständigen Beitrag Koreas zu einer inkulturierten Theologie die Rede ist, fällt meist der Name der Minjung-Theologie. Als Theologie des „einfachen Volkes/der unterdrückten Volksgruppen der Bauern und Fischer“ (= Minjung) wird diese Theologie als die koreanische Form einer Befreiungstheologie im Rahmen der verschiedenen Dritte-Welt-Theologien hoch angesehen. In der Zeit der Militärdiktatur mit ihren vielfältigen Menschenrechtsverletzungen hat Minjung sich zweifellos als die Stimme der Stummen und an den Rand Gedrängten verstanden. Die politischen Änderungen der vergangenen Monate haben sichtbar gemacht, was sich schon in der eher moderaten Regierungszeit des Präsidenten Roh Tae Wooh abzeichnete, daß die Minjung-Theologen nämlich nur eine *Minderheit* der koreanischen protestantischen Christen und noch weniger die katholischen Christen repräsentieren.

Die politischen Veränderungen haben bisher zwar kaum die bestehenden sozialen Spannungen und das Gefälle in der Einkommensstruktur der koreanischen Bevölkerung beeinflußt, so daß für Minjung-Theologen, die sich prophetisch für größere soziale Gerechtigkeit einsetzen, durchaus noch Raum besteht. Innerhalb der christlichen Kirchen in Korea sind aber

die Angehörigen der Mittelschichten immer mehr die vorherrschende Gruppierung geworden. Dies hat zur Folge, daß die von der Minjung-Theologie geförderten Gemeinschaften sich in den etablierten Kirchen immer stärker als *Randgruppen* erleben. Der Verlust des direkten Feindbildes und der Verfolgung durch die Regierung als kommunistische Sympathisanten zwingt die Minjung-Theologen, ihre Rolle in der sich stark ändernden Gesellschaft Koreas neu zu bedenken. In ihrem besonderen Kontext teilen die Minjung-Theologen die Verunsicherung, die der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa für die gesamte Dritte-Welt Theologie gebracht hat.

Auch für die *katholische Menschenrechtsbewegung* brachte die veränderte politische Konstellation die Notwendigkeit mit sich, ihre Ziele und Strategien neu zu bedenken. In den Jahren der Militärdiktatur hat die katholische Kirche, genauer gesagt einige ihrer Vertreter, die sich für die Belange der Bauern, Fischer und Industriearbeiter und generell für die Menschenrechte einsetzen, sich einen guten Ruf als Anwalt der Armen und Schwachen erworben. Eine Reihe von Priestern, einzelne Bischöfe wie *Daniel Tji Hak Soun* von Wonju, und viele Laien haben mit Gefängnisaufenthalt für ihren Widerstand gegen Übergriffe der Regierung und ihren Einsatz für die Menschenrechte bezahlen müssen. Mit der Machtübernahme der neuen Regierung hat sich das Klima auch hier bedeutend entspannt. Es ist fast symbolisch, daß mit Bischof Tji, der am 12. März 1993 starb, die Leitfigur des kirchlichen Widerstands gegen Diktatur und gegen Menschenrechtsverletzungen verschwand, und sein Tod so das Ende einer Ära bezeichnet.

Georg Evers

Kurzinformationen

EKD-Stellungnahme zur Menschenrechtsdiskussion

Anläßlich der Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien Mitte Juni (ein ausführlicher Bericht dazu ist für das August-Heft der Herder-Korrespondenz vorgesehen) hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Stellungnahme der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst veröffentlicht mit dem Titel: „Menschenrechte im Nord-Süd-Verhältnis“. Die 15seitige Erklärung widmet sich dabei

drei Problembereichen: der Verhältnisbestimmung von politischen und wirtschaftlich-sozialen Rechten, dem internationalen Schutz der Menschenrechte und der Förderung der Menschenrechte durch eine Demokratisierung der Gesellschaften in der Dritten Welt („Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen“). Da, wie gerade im Vorfeld der Weltkonferenz deutlich wurde, der Konflikt über Menschenrechtsfragen zwischen Nord und Süd zu eskalieren drohe, fordert die Stellungnahme auch die Industrienationen zu einer kritischen Sichtung ihrer Menschenrechts-

konzeption und -politik auf. Als Leitfragen werden vorgeschlagen: Orientiert sich die Entwicklungspolitik ausschließlich an bürgerlich-politischen Rechten? Werden Menschenrechtsstandards in anderen Ländern unabhängig von eigenen wirtschaftlichen Interessen angewandt? Ist gewährleistet, daß nicht das Entstehen einer neuen Interventionspolitik begünstigt wird? Wie läßt sich internationale Menschenrechtspolitik so gestalten, daß sie mehr der Förderung gesellschaftlicher Strukturen dient, die eine Selbstkontrolle von innen erleichtern?